

R-2 DER SP60+: TEILHABE VON ÄLTEREN MENSCHEN AN DER GESELLSCHAFT – AUCH IN DER CORONA-KRISE

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass wir fähig sind, anspruchsvolle politische und praktische Krisen-Arbeit zu übernehmen und dass die Bevölkerung breite Unterstützung und Solidarität zeigen kann.

Die getroffenen Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie Covid-19 sind für die ganze Bevölkerung einschneidend. Dabei spielt das Alter der Menschen eine entscheidende Rolle: Es ist unbestritten, dass ältere und chronisch kranke Menschen ein erhöhtes Risiko tragen, am Virus zu erkranken und dann stärker von heftigen Symptomen betroffen sind. Es versteht sich daher von selbst, dass Gefährdete geschützt werden müssen.

Es gilt aber auch darauf zu achten, dass das bisherige Altersbild mit seinen zahlreichen positiven Elementen in der Bevölkerung erhalten bleibt. Die sehr grosse Gruppe von Menschen über 65 Jahre muss differenziert betrachtet und nicht auf eine homogene Masse von stark verletzlichen Personen reduziert werden, die isoliert und von der Gesellschaft ferngehalten werden muss. Zudem hat die pauschale Etikettierung der über 65jährigen als Risikogruppe zu einem negativen Bild der Alten in der Gesellschaft beigetragen.

Auch in Zeiten der Corona-Krise darf die Selbstbestimmung nicht vergessen werden. Es muss den älteren Menschen das Recht zugestanden werden, sich eigenverantwortlich solidarisch zu verhalten und Empfehlungen einzuhalten. Allen, die sich gesund und motiviert fühlen, soll ein selbstgewähltes freiwilliges Engagement in der Nachbarschaft ermöglicht werden.

Es hat sich in der Corona-Krise abgezeichnet, dass sich das Altersbild in der Bevölkerung verändert und zu negativen Stereotypen geführt hat. In den Medien wurden diskriminierende Beiträge publiziert. Es wurde offen thematisiert, ob die älteren Menschen in jedem Fall ein Anrecht auf die bestmögliche medizinische Versorgung haben. Es kam im öffentlichen Raum zu Beschimpfungen von Seniorinnen und Senioren. Dabei ist der Zusammenhalt innerhalb der Generationen, der sich zum Glück in vielen solidarischen Gesten gezeigt hat, ein Pfeiler unserer Gesellschaft.

Forderungen von SP60+

- 1. Risikogruppen müssen dem neusten Wissensstand zeitnah angepasst beschrieben werden.** Das Alter ist dabei nur einer der Risikofaktoren. Es kann nicht angehen, dass einer grossen Gruppe der Gesellschaft nur wegen dem Alter das Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen wird. Selbstverständlich müssen die Schwächsten der Gesellschaft durch ein **Schutzkonzept** geschützt werden, das die ihre Sicherheit und die der Betreuenden gewährleistet. Es ist aber auch darauf zu achten, dass die Selbstbestimmung und das Recht auf soziale Kontakte so gut wie möglich erhalten bleibt und die Notwendigkeit von Einschränkungen regelmässig evaluiert wird.

2. Entscheidungen zu medizinischen Behandlungen am Lebensende aber auch zu einer Behandlung im Fall einer Pandemie **müssen von allen Menschen freiwillig gefällt werden** und dürfen keinesfalls durch ökonomischen Druck oder auf Grund des Lebensalters beeinflusst werden.

3. Ältere Menschen (alle Menschen) müssen über das Recht verfügen, an der Gesellschaft teilzuhaben und an Diskussionen zu allen gesellschaftlichen Themen einbezogen zu werden. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung zum Thema des Umganges mit Risikogruppen. Wir lehnen die Verunglimpfung (Alters-Bashing) und jede Form von Diskriminierung von alten Menschen oder gar die aktive oder passive Tötung von älteren Menschen (Senizid) ganz entschieden ab.

Diese Resolution der SP60+ wurde an der Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 27.6.2020 mit 170:0 Stimmen angenommen.